

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 01	S0220/13	29.10.2013

zum/zur

A0114/13 der FDP-Ratsfraktion, SR Dr. Hörold

Bezeichnung

Umsetzung von Handlungsempfehlungen der Enquete Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	05.11.2013
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	28.11.2013
Finanz- und Grundstücksausschuss	11.12.2013
Stadtrat	23.01.2014

Drei Jahre, 1300 Seiten, mehrere hundert Empfehlungen: Die Enquete-Kommission des Bundestags zum Thema "Internet und digitale Gesellschaft" hat ihre Arbeit mit einem umfassenden Abschlussbericht im April 2013 beendet. Beschäftigt hat sich das Gremium mit den Folgen und Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft. Die Aktivitäten der zwölf Projektgruppen mündeten in entsprechenden Berichten. Eine erste Sichtung einzelner Berichte ergab, dass es sich um Empfehlungen für die Bundes- und Landesebene handelt, auch werden hier konkrete Handlungsvorschläge für die Bundesebene aufgezeigt. Viele Aussagen sind allgemeingültiger Natur und unterliegen nicht dem Einfluss der Landeshauptstadt, wie bspw. die private Internetnutzung in Wirtschaftsunternehmen, steuerliche Forschungsförderung oder der Bereich E-Health.

Die Landeshauptstadt hat in den vergangenen Jahren im Rahmen der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit bereits vielfältige Ansätze in verschiedenen Themenbereichen vorangetrieben. So wurde beispielsweise durch das Dezernat III der Breitbandausbau unterstützt. Bei der Beschaffung von neuer Hardware wird seit Jahren auf Energieeffizienz und beim Einsatz von Fachapplikationen auf standardisierte Schnittstellen geachtet. Der Internetauftritt wird barrierearm vorgehalten und bietet auch verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten. Seit 2005 wurden die Leistungen des Mobilen Bürgerbüros erweitert. Dies ist nur ein Auszug der Aktivitäten der Stadtverwaltung im digitalen Zeitalter, die im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten stets bemüht ist, neue und zweckmäßige Anforderungen umzusetzen.

Die Stadtverwaltung empfiehlt, auf eine eingehendere Prüfung der Berichte der Enquete-Kommission zu verzichten, da dies mit einem erheblichen Arbeitsaufwand in verschiedenen Bereichen verbunden ist und womöglich anwendbare Ergebnisse marginal sein werden.

Holger Platz